



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 67 / April 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

während unserer Plenartagung im April befassten wir uns vor allem mit Haushaltsfragen: Es ging um die EU-Finzen des Jahres 2006, die wichtigsten Finanzplanungen für 2009 und die Finanzierung des Satelliten-Navigationssystems Galileo. Ferner gab es Debatten z.B. über die steigenden Nahrungsmittelpreise, über verbesserte Polizeizusammenarbeit, über die Fortschritte Makedoniens und über den Problemkandidaten Türkei.

Entlastung EU-Haushalt 2006

Im Vorfeld der Haushaltsentlastung geht es darum, die Korrektheit der Haushaltsführung der europäischen Institutionen festzustellen. Hierzu werden deren gesamte Ein- und Ausgaben aus einem Haushaltsjahr geprüft und gegeneinander aufgerechnet. Die Haushaltsentlastung ist dann der politische Teil der Haushaltskontrolle: Das Parlament bestätigt, dass die entsprechende Institution korrekt gewirtschaftet und Rechenschaft abgelegt hat, von der Verantwortung für die Ausführung eines Haushalts „entlastet“ wird und die Haushaltsrechnung damit gleichsam abgeschlossen wird.

Nach langer Vorarbeit haben wir nun also die Entlastung für das Haushaltsjahr 2007 ausgesprochen. Gleichzeitig forderten wir aber grundsätzliche Verbesserungen im Haushaltsvollzug und bei der Rückforde-

rung unrechtmäßig verausgabter EU-Mittel.

Frühzeitig vor einem ersten Entwurf für den EU-Haushalt 2009 stimmten wir uns darüber ab, was im kommenden Jahr vorrangig finanziert werden soll. Zu diesen Budget-Prioritäten werden unter anderem Wachstum und Arbeitsplätze, Maßnahmen gegen den Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung gehören.

GALILEO

Endlich hat das europäische Satelliten-Navigationssystem GALILEO die entscheidende Hürde der Finanzierung genommen und soll nun ab 2013 einsatzbereit sein. In dieser Strassburg-Plenartagung stimmten wir über Sicherheitsanforderungen und Ausschreibungsregeln für GALILEO ab. Mit unseren Vorgaben könnte die deutsche Industrie den Zuschlag bei den Bodeneinrichtungen und den Kontrollzentren des Satelliten-Navigationssystems erhalten. Auch beim Bau der Satelliten wird es eine maßgebliche Beteiligung deutscher Standorte geben. Durch das neu geschaffene „Galileo Interinstitutional Panel“ (GIP), das aus Vertretern der drei EU-Institutionen Kommission, Rat und Parlament besteht, wird das Europäische Parlament ein genaues Auge auf das Projektmanagement, also auf Beschaffungsvorgänge oder Vereinbarungen mit Drittstaaten, werfen. Für uns waren zwei Dinge wichtig:

Die Finanzierung aus einem Guss und eine maximale demokratische Kontrolle.

Strafverfolgung grenzenlos

Viel ist in der EU mittlerweile harmonisiert, aber längst noch nicht alles. Mit unseren 27 Mitgliedstaaten haben wir daher auch 27 Steuer-, Sozial-, Strafrechts- und Polizeisysteme. Bei der Strafverfolgung über innereuropäische Grenzen hinweg gibt es daher regelmäßig große Probleme. Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in den EU-Mitgliedstaaten soll nun schrittweise verbessert werden. Dazu wird der 2005 zwischen Deutschland, Belgien, Spanien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich abgeschlossene "Vertrag von Prüm" umgesetzt. Dieser Vertrag soll den Austausch von DNA-Daten, Fingerabdrücken und Halterdaten von Kraftfahrzeugen zwischen den Vertragspartnern ermöglichen. Das Europäische Parlament befasste sich jetzt mit den Einzelheiten dieses Datenaustausches. Insgesamt befürworten wir das Vorhaben. Wir forderten aber, dass der Ministerrat das Europäische Parlament unverzüglich informiert, falls die für den Datenaustausch notwendigen Vorgaben geändert werden. Wir wollen auch in Zukunft sicherstellen, dass der Datenschutz weitestgehend gewährleistet bleibt!

Teure Nahrungsmittel

Ministerrat und Kommission gaben vor dem Plenum Erklärungen zum weltweiten Preisanstieg bei Nahrungsmitteln ab. Die Europäische Kommission will wegen der steigenden Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel zusätzliche Nahrungsmittelhilfe im Wert von 117,25 Mio. EUR für die vom Hunger bedrohten Menschen in Entwicklungsländern bereitstellen. 2007 hatte die Kommission dem Welternährungsprogramm 150 Mio. EUR, d.h. knapp 70 % ihres gesamten Nahrungsmittelhilfebudgets, zur Verfügung gestellt. Weitere Mittel wurden über UN-Partner, Nichtregierungs-

organisationen, das Rote Kreuz und den Roten Halbmond bereitgestellt.

Fortschritte in Mazedonien

Im jüngsten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über Mazedonien werden die Fortschritte Mazedoniens bei der Verwaltungsreform begrüßt. Positiv bewertet werden die Bemühungen der Regierung und des Parlaments zur stärkeren Anerkennung des multi-ethnischen Charakters Mazedoniens. Auch die Stellung der Kirchen hat sich verbessert. Die Regierung wird aufgefordert, mit ihren Anstrengungen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen fortzufahren. Eine Priorität sei zudem die Anwendung des Polizeigesetzes.

Stillstand in der Türkei

Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments verabschiedete eine Empfehlung für eine Parlamentsentschließung zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Der Bericht fordert die Türkei auf, den seit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen 2005 stagnierenden Reformprozess endlich wiederzubeleben. Ungeachtet dessen kündigte Erweiterungskommissar Olli Rehn in dieser Woche an, noch im Juni dieses Jahres zwei neue Verhandlungskapitel über Unternehmensrecht und intellektuelles Eigentum eröffnen zu wollen. Bereits im Herbst sollen dann weitere Kapitel, vor allem zu Energiefragen, in Angriff genommen werden...

Bis zum nächsten Straßburgbrief im Mai!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de